

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XIII
I. Einleitung	1
1. Einführung in die Problematik – Steuervermeidung und Steuerumgehung	1
2. Die Generalklausel des § 22 BAO und ihre historischen Wurzeln	2
3. Ziele und Aufbau der Arbeit	5
II. Die historische Entwicklung der Umgehungslehre	7
1. Die <i>fraus legis</i> im römischen Recht	7
2. Der strenge Formalismus der späten Republik	8
3. Teleologische Interpretation und amtsrechtliche Rechtsfortbildung in der Kaiserzeit	9
4. Die Entwicklung der Lehre von der <i>fraus legis</i> im Mittelalter	10
5. Die Erfassung der Gesetzesumgehung seit 1840	12
III. Gesetzesumgehung und Gesetzesauslegung	15
1. Der Begriff der Gesetzesumgehung nach dem heutigen Stand der Umgehungslehre	15
2. Die Reichweite der Auslegung	17
3. Die wirtschaftliche Betrachtungsweise gem § 21 BAO	21
3.1. Historische Entwicklung der wirtschaftlichen Betrachtungsweise	22
3.2. Der Bedeutungsgehalt des § 21 BAO	24
3.2.1. Die wirtschaftliche Betrachtungsweise als Grundsatz der Sachverhaltsbeurteilung	25
3.2.1.1. Die Schranken der Sachverhaltsbeurteilung	27
3.2.1.2. Die Sachverhaltswürdigung als Bestandteil des Subsumtionsvorganges	28
3.2.2. Die wirtschaftliche Betrachtungsweise als Auslegungsgrund- satz	32
3.2.3. Kritische Analyse der Rspr des VwGH	37
3.2.4. Klarstellung der Bedeutung der wirtschaftlichen Betrachtungs- weise	39
3.3. Die wirtschaftliche Betrachtungsweise als Schranke für die Gesetzesum- gehung?	40
IV. Die Abgrenzung des Umgehungsgeschäfts vom Scheingeschäft	43
1. Das Wesen des Scheingeschäfts	45
1.1. Absolute Scheingeschäfte	45

1.2. Relative Scheingeschäfte	46
2. Eigenständigkeit der steuerrechtlichen Beurteilung	47
3. Abgrenzung des Scheingeschäfts vom Umgehungsgeschäft	50
3.1. Abgrenzung im Zivilrecht	51
3.2. Abgrenzung im Steuerrecht	54
V. Steuerumgehung und Rechtsfindung praeter legem	59
1. Die Lückenhaftigkeit der Gesetze	59
2. Formen der Lückenschließung	62
3. Zur Frage eines Analogieverbots im Steuerrecht	64
3.1. Die Argumentation zu einem steuerrechtlichen Analogieverbot im Schrifttum	65
3.2. Zur Zulässigkeit steuerverschärfender Analogien in der Rspr	71
4. Lückenfüllungsdogmatik und Umgehungsgestaltungen	74
VI. Die steuerrechtliche Missbrauchdogmatik	79
1. § 22 BAO als Ausfluss der wirtschaftlichen Betrachtungsweise	79
1.1. Abgrenzung der Anwendungsbereiche der §§ 21 f BAO	80
1.2. Anwendbarkeit des § 22 BAO bei formaler Anknüpfung?	81
2. Der Missbrauch von Formen und Gestaltungsmöglichkeiten des bürgerlichen Rechts	89
2.1. Zum Anwendungsbereich des § 22 BAO	89
2.2. Die zivilrechtliche Missbrauchsdogmatik und ihre Bedeutung für das Steuerrecht	91
2.3. Der Missbrauchsbegehr in der Rspr des VwGH	98
2.3.1. Objektive Missbrauchskriterien	99
2.3.1.1. Ungewöhnlichkeit	99
2.3.1.2. Zur Fiktion einer „angemessenen rechtlichen Gestaltung“ gem § 22 Abs 2 BAO	102
2.3.1.3. Zur Unangemessenheit einer rechtlichen Gestaltung	106
2.3.2. Die Bedeutung außersteuerlicher Gründe für die Anwendbarkeit des § 22 BAO	108
2.3.2.1. Die Relevanz außersteuerlicher Gründe als Ausfluss eines subjektiven Tatbestandsmerkmals?	111
2.3.2.2. Die Bedeutung außersteuerlicher Gründe auf einer objektiven Ebene	115
2.3.2.3. Überlegungen zum Beurteilungsmaßstab für die Beachtlichkeit außersteuerlicher Gründe	116
3. Theorien zum Bedeutungsgehalt des § 22 BAO	119

3.1. Die Anwendung des § 22 BAO und die zivilrechtliche Privatautonomie	119
3.1.1. Der Schutz der Gestaltungsfreiheit als Gesichtspunkt der Missbrauchsprüfung	119
3.1.2. Unbeachtlichkeit des Zivilrechts auf der Grundlage einer autonomen Interpretation des Steuertatbestandes?	122
3.2. Zum Widerstreit zwischen Innen- und Außentheorie im Schrifttum	124
3.2.1. Innen- und Außentheorie in der steuerrechtlichen Diskussion	124
3.2.2. Innen- und Außentheorie in der zivilrechtlichen Missbrauchsdogmatik	127
3.2.3. Zusammenfassender Vergleich zwischen steuer- und zivilrechtlichem Theorienverständnis	129
4. Zwischenergebnis – Stellungnahme zum normativen Gehalt des § 22 BAO	131
VII. Spezielle Missbrauchs- bzw Umgehungsverhinderungsnormen	135
1. Zu den Möglichkeiten der Lückenschließung	135
1.1. Das Postulat der Lückenlosigkeit der Steuerrechtsordnung	135
1.2. Richterliche Rechtsfortbildung und Lückenschließung durch legistische Einzelmaßnahmen	136
2. Beispiele für gesetzliche Missbrauchsverhinderungsnormen	136
2.1. Der Mantelkauftatbestand des § 8 Abs 4 Z 2 KStG	137
2.2. Der Methodenwechsel gem § 10 Abs 4 und Abs 6 KStG	141
2.2.1. Zum Verhältnis zwischen § 10 Abs 4 KStG und § 22 BAO	143
2.2.2. § 10 Abs 4 KStG als unwiderlegbare Missbrauchstypisierung?	146
2.3. Einschränkung der KESt-Befreiung gem § 94 Z 2 EStG bei „Missbrauchsverdacht“	149
3. Weitere Beispiele und Würdigung	152
3.1. Zur Zulässigkeit unwiderlegbarer Missbrauchstypisierungen	152
3.2. Zur „Unvollkommenheit“ gesetzlicher Missbrauchstypisierungen	155
3.3. Resümee	158
VIII. Leistungsvereinbarungen zwischen Nahestehenden	159
1. Überblick	159
2. Anerkennungskriterien	159
2.1. Publizität	161
2.2. Eindeutiger, klarer und zweifelsfreier Inhalt	162

2.3. Fremdüblichkeit	163
3. Vereinbarungen zwischen natürlichen Personen	165
3.1. Persönlicher Anwendungsbereich	165
3.1.1. Der Begriff des „nahen Angehörigen“	165
3.1.2. Verfassungsrechtliche Aspekte	167
3.2. Gesetzliche Grundlagen	168
3.2.1. Der Begriff der Betriebsausgaben	168
3.2.2. Der Begriff der Werbungskosten	172
3.2.3. Einkommensverwendung – Familienhafte Mitarbeit	172
3.2.4. Wirtschaftliche Betrachtungsweise	175
3.3. Abgrenzungsfragen	176
3.3.1. Vereinbarungen zwischen nahen Angehörigen als Missbrauch	177
3.3.2. Scheingeschäfte zwischen nahen Angehörigen	181
3.4. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	183
4. Verdeckte Ausschüttungen	186
4.1. Anwendung der Beweiskriterien iSd „Angehörigenjudikatur“ bei gesellschaftsrechtlichen Verflechtungen	186
4.2. Voraussetzungen für das Vorliegen einer verdeckten Ausschüttung	188
4.2.1. Überblick	188
4.2.2. Vergleich zum Einkommensteuerrecht	190
4.2.2.1. Deklarative Bedeutung des Begriffs „verdeckte Ausschüttung“	190
4.2.2.2. Unterschiede im Hinblick auf die Beweiswürdigung	191
4.3. Abgrenzung zu § 22 BAO	192
IX. Zwischenschaltung ausländischer Basisgesellschaften	195
1. Allgemeines	195
1.1. Zu untersuchende Gestaltungen	195
1.2. Rechtssubjektivität der ausländischen Gesellschaft	196
1.3. Ort der Geschäftsleitung	197
2. Die Anwendung des § 22 BAO in der Rspr des VwGH – Beispiel Dublin Docks I	199
3. Abgrenzungsfragen	202
3.1. Einkünftezurechnung	202
3.1.1. Die Grundsätze der Einkünftezurechnung	202
3.1.2. Einkünftezurechnung und Missbrauch	207
3.2. Scheingeschäfte und Scheinhandlungen	210

4. Würdigung der Anwendung des § 22 BAO	213
X. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	217
Literaturverzeichnis	223
Stichwortverzeichnis	249